

Fein haben sie sich's gerichtet

SUPER-PENSIONEN

WIE NIRGENDS FÜR DIE
ROT-SCHWARZEN
STADTVÄTER VON WIEN

BÜRGER- MEISTER

Amtseinkommen
S 45.781, —
Pension
S 65.013. —

SPÖ-Bürgermeister
Felix Slavik



STADTRÄTE

Amtseinkommen
S 37.567, —
Pension
S 53.792, —

ÖVP-Stadtrat
Dr. Maria Schumayer



gemeinsam ... mit den Sozialisten
beschlossen und verschwiegen!

SPÖ-WAHLPAROLE 1971:

„WEIL WIR KLARE VERHÄLTNISSE BRAUCHEN“

ÖVP-WAHLPAROLE 1971:

„POLITIK MUSS EHRlich SEIN“

PETER MIT DEN WIENER SPITZEN-
KANDIDATEN IM KREUZFEUER

DISKUSSION
MIT PRESSE UND JOURNALISTEN

Mittwoch, 6. Oktober 1971, 19.30 Uhr
Hotel Wimberger
Wien VII, Neubaugürtel 34 — 36

Eigentümer, Herausgeber und Verleger:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)
Bundesparteileitung. Für den Inhalt
verantwortlich: Julia Köhler, Beide 1010
Wien, Kärntnerstraße 28. Druck: Pillner-
druck, Wien VIII., Lerchenfelderstraße
2A-4

An einen Haushalt P.b.b. Erscheinungsort
Wien, Verlagspostamt 1010 Wien, Folge 39 S
NEUE FRONT



DR. TASSILO BROESIGKE

Abgeordneter zum
Nationalrat, Landespartei-
obmann und Bundespartei-
obmannstellvertreter,
geb. 1919, verheiratet,
drei Kinder, Gymnasium
und Universitäten Mün-
chen, Heidelberg und Wien,
1947 Dr. jur., 1951 Rechts-
anwalt, 1953 bis 1959
Bezirksrat, 1959 bis 1963
Gemeinderat und Land-
tagsabgeordneter in Wien,
1963 bis 1966 Abgeord-
neter zum Nationalrat, seit
Oktober 1970 wieder Mit-
glied des Nationalrates

DR. WILLFRIED GREDLER

1953 in den Nationalrat gewählt.
Von 1956 bis 1963 Klubobmann der
freiheitlichen Nationalratsfraktion.
Ab 1963 österreichischer Bot-
schafter zum Europarat. Seit
1970 Botschafter in Bonn.



DR. ALBERT SCHMIDT

1922 geboren. Dr. der Rechte, seit
1951 politisch tätig (VdU), ab 1955
Mitglied der FPÖ, 1959 in den
Wiener Landtag und Gemeinderat
gewählt, seit 1963 Klubobmann

DR. ERWIN HIRNSCHALL

Verwaltungsjurist, geb. 1930,
Mitarbeit in der FPÖ seit
1955, stellvertretender Landes-
parteiobmann, 1964 in den Wiener
Landtag und Gemeinderat berufen,



AUGEN AUF

FPÖ



Die freiheitliche Parlamentsfraktion kann auf eine stattliche Bilanz verweisen: Von 305 eingebrachten Vorlagen wurden 264 (86,6%) mit den Stimmen aller drei Parteien beschlossen, 16 (5,2%) beschlossen die Freiheitlichen mit den Sozialisten, 14 (4,6%) mit der ÖVP. 11 wurden von SPÖ und ÖVP gemeinsam gegen die FPÖ beschlossen.

Von den freiheitlichen Zielsetzungen konnten durchgesetzt werden: Die Entsteuerung der Überstunden, die Erhöhung der Witwenpension auf 60%, die Aufhebung der 10prozentigen Kraftfahrzeug-Sondersteuer, Aussetzung der Weinsteuern, Erhöhung des Sachaufwandes für die Hochschulforschung, Milderung der Ruhensbestimmungen, Erhöhung der Mittel für die Treibstoffverbilligung in der Landwirtschaft sowie eine Hinaufsetzung des Punktwertes, Verbesserung von Bestimmungen im Einkommensteuergesetz (nicht entnommener Gewinn, Haushaltsbesteuerung), Verbesserungen im Strukturverbesserungsgesetz und bei der Kriegsopferversorgung.

DIE POLITIK DER VERNUNFT

Die Freiheitliche Partei Österreichs wendet sich an alle Österreicher, die auf ihre eigene Leistung mehr vertrauen als auf staatliche Obsorge; die nicht im kollektiven Gleichschritt, sondern durch persönliche Tüchtigkeit und eigene Leistung ans Ziel kommen wollen, die berufliche Aufstiegschancen dem System der Nivellierung vorziehen.

Die Freiheitliche Partei Österreichs wird daher im neuen Nationalrat ihre Arbeit nach folgenden Schwerpunkten ausrichten:

REFORM DES BUNDESHEERES
MIT DEM ZIEL GRÖSSTMÖGLICHER
VERTEIDIGUNGSKRAFT —
nicht Beschränkung auf die
durchgeführte Dienstzeitverkürzung.

STEUERREFORM NACH DEM
PRINZIP GERECHTER
LASTENVERTEILUNG —
nicht Aufrechterhaltung der
Steuerungerechtigkeit aus
Gewohnheit.

FÖRDERUNG DER EIGENTUMS-
BILDUNG BEI ALLEN
STAATSBÜRGERN —
nicht steuerliche Bestrafung
desjenigen, der sich Eigentum
erarbeitet hat.

WOHNUNGSBAU ALS TEIL
AKTIVER FAMILIENPOLITIK —
nicht als Monopol von Gebiets-
körperschaften und Genossen-
schaften.

UMWELTSCHUTZ DURCH STAAT
UND WIRTSCHAFT —
nicht wachsende Gefährdung aller
durch das Verzögern
notwendiger Entscheidungen.

EINHEITLICHES ARBEITSRECHT —
nicht Vertiefung der Kluft zwischen
Arbeitern und Angestellten.

GEZIELTE FORSCHUNGS-
FÖRDERUNG DURCH STAAT UND
WIRTSCHAFT —
nicht Verzettelung der dafür
möglichen Mittel.

SPARSAMER STAAT DURCH
MODERNE VERWALTUNG —
nicht weiteres Verschleppen der
Verwaltungsreform.

DURCH VORRANG FÜR WIRT-
SCHAFTSWACHSTUM ZU EUROPA-
LÖHNEN —
nicht Schrumpfungsprozeß der
Wirtschaft durch Lizitationspolitik
des Staates.

DIFFERENZIERUNG DES EIN-
KOMMENS NACH PERSÖNLICHER
LEISTUNG —
nicht Nivellierung ohne
Leistungsbezug.